

**Ressort:** Berufspolitik  
**Mediengattung:** Online News

**Visits (VpD):** 0,039 (in Mio.)<sup>1</sup>  
**Unique Users (UUpD):** 0,041 (in Mio.)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 09-2023

<sup>2</sup> gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

## Hauptversammlung des Hartmannbundes

# Nachhaltiger Zorn über Honorarabschluss: Delegierte fordern neues Verfahren für Verhandlungen

Der Honorarabschluss wirft immer noch hohe Wellen. Auf der Hauptversammlung des Hartmannbundes steht der unabhängige Schlichter Professor Jürgen Wasem in der Kritik. Ihm wird ein mehr als unfaires Verhalten vorgeworfen.

Berlin. Zwei Monate sind seit dem Honorarabschluss vergangen, doch die im Erweiterten Bewertungsausschuss (EBA) erzielte Erhöhung der Honorare um 3,85 Prozent sorgt bei Ärztinnen und Ärzten immer noch für Unmut. Auf der Hauptversammlung des Hartmannbundes streifte dessen Vorsitzender Dr. Klaus Reinhardt das Thema und übte Kritik an dem unabhängigen Schlichter Professor Jürgen Wasem.

Das Zustandekommen des Schiedspruchs bezeichnete Reinhardt als „seltsam“. Die Situation im Erweiterten Bewertungsausschuss sei eher mit einem Viehmarkt vergleichbar oder mit Fingerhakeln. Nach den Worten von Reinhardt habe Wasem damit gedroht, den Schiedsspruch niedriger ausfallen zu lassen, wenn die Kassenärztliche Bundesvereinigung nicht zustimme. Für solch ein Vorgehen gebe es einen Begriff, den er aber nicht aussprechen wolle, sagte Reinhardt am Freitagvormittag in seiner Ansprache.

KBV soll weitere Verhandlung führen  
 Am Freitagnachmittag kam das Thema erneut auf, als die Delegierten einem Antrag zustimmten, mit dem der Hartmannbund die Neuordnung der Honorarverhandlungen und die Etablierung eines unabhängigen und transparenten Schlichtungsverfahrens fordert. Aber-

mals wurde Wasem kritisiert, es fiel das Wort „erpresserisch“, das Reinhardt am Vormittag laut einer Delegierten nicht in den Mund habe nehmen wollen.

Gleichlautende Vorwürfe hatte es auch schon im September auf der KBV-Vertreterversammlung gegeben. „Das sind doch keine Verhandlungen, das ist Erpressung, was da stattfindet“, hatte damals Dr. Andreas Bartels von der KV Rheinland-Pfalz gesagt. Und: Ein unabhängiger Schlichter sei Jürgen Wasem nicht.

Mit der Resolution zur Neuordnung der Honorarverhandlungen fordert der Hartmannbund, dass aktuelle Kostenentwicklungen auch unterjährig aufgefangen werden können. Die KBV soll zudem eine sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen prüfen, mit dem Ziel über eine Ergänzungsvereinbarung zumindest den vollen Inflationsausgleich zu erreichen.

Beschlüsse des Hartmannbundes  
 Darüber hinaus wurden auf der Hauptversammlung unter anderem auch folgende Beschlüsse vom Hartmannbund gefasst:

- In den Krankenhäusern sollen nicht nur die Kosten für das Pflegepersonal, sondern auch für die Ärzte und Ärztinnen aus den DRG ausgegliedert und separat über ein Budget finanziert werden.
- Der Sieben-Punkte-Katalog der KBV wird unterstützt und das Bundesgesundheitsministerium dazu aufgefordert, alle administrativen und gesetzgeberischen Schritte einzuleiten, um die ambulante Versorgung sicherzu-

stellen.

- Stärkere Integration geschlechterspezifischer Medizin in die Aus-, Fort- und Weiterbildung.
- Die Qualität der Weiterbildung muss im Zuge der Krankenhausreform sichergestellt werden. Durch die angestrebte Ambulantisierung seien Kooperationen und Weiterbildungsverbünde nötig, damit ein ungewollter mehrfacher Wechsel des Arbeitsverhältnisses nicht notwendig wird.
- Positiv-Liste für Schwangere: Durch solche Listen von Fachgesellschaften lasse sich vermeiden, dass Arbeitgeber, wie es häufig immer noch geschähe, Beschäftigungsverbote für schwangere Ärztinnen aussprechen.
- Bund und Länder müssen die langfristige Finanzierung der im Rahmen des „Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienstes“ geschaffenen zusätzlichen Stellen für Personal auch über 2026 sicherstellen.
- Die Verwendung der 2022 eingeführten digitalen Bürgeridentifikationsnummer, um Effizienzreserven im Gesundheitssystem zu heben. Die Digitalisierung der Verwaltung – auch im Gesundheitswesen – sei weiter zu vereinfachen und voranzutreiben.
- Das Bundesgesundheitsministerium wird aufgefordert, „endlich“ die Finanzierung der neuen Approbationsordnung mit den Ländern abschließend zu klären und die Reform des Humanmedizinstudiums bis zum 1. Oktober 2027 sicherzustellen. (juk)

**Wörter:** 304

**Urheberinformation:** © 2023 Springer Medizin Verlag GmbH